

Steuererhöhung in Österreich: Das leidende Volk verlangt Gerechtigkeit!

Das Freilich Magazin beleuchtet die kritische Steuerpolitik in Österreich und Deutschland am 16.04.2025 und ruft zu Veränderungen auf.



Österreich, Land - Bürger in Österreich und Deutschland leiden zunehmend unter der hohen Steuer- und Abgabenlast. Heimo Lepuschitz, ein Kritiker der aktuellen Steuerpolitik, betont, dass diese nicht nur die Leistung bestraft, sondern auch Versagen belohnt. Geld fließt häufig ins Ausland, während die lokale Bevölkerung finanzielle Belastungen erfährt. Die österreichische Regierung hat bereits angekündigt, die Steuern zu erhöhen, um die angespannte Haushaltslage zu verbessern. Die dahinterstehenden Wahlversprechen der Koalitionsparteien, bestehend aus ÖVP, SPÖ, NEOS und den Grünen, bleiben jedoch häufig unerfüllt, und es ist eine allgemeine Forderung nach Steuererhöhungen zu beobachten.

Österreich weist eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten in Europa auf. Mit einer Sozialquote, die die höchste der OECD ist, stellen schnell steigende Ausgaben eine Herausforderung dar. Während Österreich 2019 einen Budgetüberschuss verzeichnen konnte, droht nun ein Defizitverfahren durch die EU. Eine hypothetische Beibehaltung der Sozialquote von 2019 hätte rund 18 Milliarden Euro mehr jährlich zur Verfügung gestellt. Zudem ist auffällig, dass der Staat trotz der aktuellen Rezession im Jahr 2024 über zehn Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen erzielt hat. Diese gegensätzliche Entwicklung wirft Fragen auf.

Internationale Steuerlast im Vergleich

Der internationale Vergleich von Steuern und Sozialabgaben in OECD-Ländern, wie von das-wissen.de beschrieben, zeigt, dass Deutschland mit einer Gesamtsteuer- und Sozialabgabenlast von etwa 40 Prozent des Bruttoeinkommens da steht. Zum Vergleich: Mexiko hat eine Belastung von 20 Prozent und die Schweiz von 30 Prozent. Schweden erhebt mit etwa 50 Prozent die höchsten Steuern, bietet jedoch im Gegenzug umfassende Sozialleistungen. Diese Unterschiede beeinflussen nicht nur die Einkommensverteilung, sondern auch das wirtschaftliche Wachstum.

- Deutschland: 39% Steuersatz, 40% Sozialabgaben
- USA: 26% Steuersatz, 31% Sozialabgaben
- Frankreich: 45% Steuersatz, 37% Sozialabgaben

Ein weiteres zentrales Thema ist die Diskrepanz bei den Sozialabgaben. Insgesamt sind die Sozialabgaben in Deutschland und Frankreich hoch, während sie in den USA tendenziell niedriger sind. Die Höhe dieser Abgaben hängt stark von der Regierungspolitik sowie der Wirtschaftsstruktur ab. **Das Wissen** fordert daher eine Optimierung der Steuersysteme, wobei insbesondere eine Vereinfachung und die Senkung der Steuersätze für kleine und mittlere Einkommen als notwendig erachtet werden.

Politische Herausforderungen und kritische Stimmen

In der politischen Diskussion um Steuern und Abgaben wird häufig kritisiert, dass Einsparungen immer bei den Steuerzahlern und Pensionisten erfolgen. Gleichzeitig bleiben andere Kosten, wie etwa die hohen Aufwendungen durch Zuwanderung und Hilfen für andere Länder, unzureichend thematisiert. Diese Politik wird von vielen als sozialistisch bezeichnet, sowohl in Deutschland als auch in Österreich. Es entsteht der Eindruck, dass die Lasten nicht gerecht verteilt werden.

Ein Aufruf zur politischen Veränderung wird laut. Zugleich wird gefordert, Einsparungen bei Arbeitsunwilligen zu prüfen und die großen Unternehmen zu fairen Steuerbeiträgen zu bewegen. Deutschland und Österreich gelten nicht nur als Beispiele für eine anhaltend hohe Steuerlast, sondern auch für die negativen Effekte einer sozialistischen Ausrichtung. Es bleibt abzuwarten, ob die politischen Entscheidungsträger dieser Herausforderung gewachsen sind und ob effektive Veränderungen ins Stocken geratene Systeme anstoßen können.

Ein Ansatz zur Verbesserung könnte auch darin bestehen, die Abgabenstruktur zu hinterfragen. Untersuchungen der Bundesbank legen nahe, dass eine differenzierte Betrachtung der Abgabenlast, insbesondere eine Aufteilung zwischen steuernahen und vorsorgenahen Komponenten, für eine effizientere und gerechtere Besteuerung sorgen könnte **Bundesbank**.

Details	
Ort	Österreich, Land
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.freilich-magazin.com• das-wissen.de• publikationen.bundesbank.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de